Nr. 51 Freitag, den 1. März 1918 32. Jahrgang

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Wochentagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 65 Pfg., bei der Post abgeholt 50 Pfg., durch den Briefträger 60 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Kgl. Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Paderborner Zeitung
Volks-Zeitung
für das
Paderborner Land

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins
Publikations-Organ aller Behörden

Anzeigenpreis: Aus dem Kreise Paderborn für die einspaltige Kolonelzeile 15 Pfg., auswärtige 20 Pfg. Im Reklameteil 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung, die bei Nichtzahlung innerhalb 30 Tagen indes erlischt. Beilagengebühr 6 Mark das Tausend zuzügl. Postgebühren.

Redaktion Bahnhofstraße 18 — Fernruf 916

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Geschäftsstelle Bahnhofstraße 18 — Fernruf

Entente-Hoffnungen auf Eingreifen Japans im Osten.

Wie steht's mit Rumänien?

In Bukarest wird nach den Methoden der alten Diplomatie um den Frieden gerungen, nicht nach denen von Brest-Litowsk. Man erfährt also nicht viel von dem Stande der Verhandlungen, und es ist niemand da, der nur das eine Ziel im Auge hätte, den Bevollmächtigten seiner Gegner immer wieder ein Schnippchen zu schlagen. Nur aus der wiederholten Unterstreichung der Schwierigkeiten, welche bei diesen Verhandlungen zu überwinden seien, in der letzten Reichstagsrede des Grafen Hertling war zu entnehmen, daß wir uns auch in diesem Falle mit einiger Geduld wappnen müßten. Aber die Hoffnung bleibt bestehen, daß unsere Unterhändler nicht mit leeren Händen nach Berlin zurückkehren werden.

Indessen können wir versuchen, das Kanzlerwort von den Schwierigkeiten, die dem Frieden mit Rumänien noch entgegenstehen, uns einigermaßen verständlich zu machen. Er erinnerte daran, daß wir auch diesem Lande gegenüber für die Wünsche unserer Bundesgenossen mit einzutreten hätten — und das will hier nicht wenig besagen. Da ist einmal Bulgarien, das die ganze Dobrudscha einschließlich der Donaumündungen für sich in Anspruch nimmt, ein Kriegsziel, von dem man wohl annehmen darf, daß es in den ursprünglichen Bündnisabmachungen mit den Mittelmächten nicht enthalten war. Da ist aber zweitens das Königreich Ungarn, das die Abtretung der rumänischen Karpathenpässe fordert, weil es nicht ein zweitesmal von einem unzuverlässigen Nachbarn in heimtückischer Weise überfallen werden möchte. Das bedeutet zugleich die Einräumung gewisser Teile des rumänischen Ölgebietes, rührt also auch eine Fülle von wirtschaftlichen Fragen auf, deren Lösung in der Tat schwierig genug sein mag. Dazu kommt die eigene Rechnung, die wir mit der Regierung des Königs Ferdinand zu begleichen haben. Territoriale Wünsche bestehen auf unserer Seite natürlich nicht, aber warum wir auch diesem Feinde gegenüber auf eine Kriegsentschädigung verzichten sollen, in welcher Form auch immer sie auszubedingen wäre, das ist wirklich beim besten Willen nicht einzusehen. Und zuletzt kommen hinzu die Fragen der Donauschiffahrt, an der die Mittelmächte nach dem Kriege mehr als jemals zuvor interessiert sein werden — da läßt sich schon begreifen, daß die Verhandlungen von Bukarest eine Fülle von Widerständen zu überwinden haben.

Und nun von der Gegenseite aus gesehen: es läßt sich annehmen, daß, wenn Rumänien geneigt sein sollte, auf unsere Bedingungen einzugehen, es sich wenigstens an dem fetten beßarabischen Bissen schadlos halten möchte. Aber da kommen die Bulgaren und sagen, daß dann der Land- und Menschenverlust ihres verräterischen Nachbarn mehr als ausgeglichen würde, so daß sie abermals von dem ersten Platz unter den Balkanstaaten verdrängt würden. Überdies ist wahrscheinlich auch mit einer Strömung im rumänischen Regierungslager zu rechnen, die bei der augenblicklichen Lage des Landes jedem Friedensschluß widerstrebt, es vielmehr für vorteilhafter hält, ebenso wie die Regierungen von Belgien, von Serbien und Montenegro es bisher getan haben, den Fortgang der Ereignisse abzuwarten, bis sie in Gemeinschaft mit den großen Ententestaaten in Friedensverhandlungen eintreten können, die sich ja dann für ihre Interessen den Mittelmächten gegenüber unbedingt mit einsetzen müßten. Und dann: ein Friede mit uns hätte natürlich auch den Abschluß weitreichender Zukunftsverträge mit den Feinden von heute zur Voraussetzung; es läßt sich denken, daß bestimmte Richtungen in der rumänischen Bevölkerung sich mit Händen und Füßen gegen diesen Zwang auflehnen. Daß schließlich und zuletzt auch über das Schicksal des rumänischen Königshauses schon bei dieser Gelegenheit zu entscheiden wäre, wird sich schwerlich umgehen lassen, wenn auch vielleicht nach außen hin diese Frage noch einige Zeit in der Schwebe gehalten werden könnte. Kurz, man sieht, die Dinge liegen in Bukarest kaum weniger verwickelt als es in Brest-Litowsk der Fall war, und man kann es durchaus begreifen, daß die Herren v. Kühlmann und Graf Czernin in Rumänien geblieben sind, und nicht nach Brest-Litowsk zurückgekehrt sind.

Aber allen Schwierigkeiten zum Trotz wird auch in Bukarest die Entscheidung mit der Schnelligkeit herbeigeführt werden, die wir für notwendig und für zweckmäßig halten. Die Rumänen haben sich soeben an dem russischen Beispiel davon überzeugen können, daß wir über die geeigneten Mittel dazu verfügen, und daß wir kein Bedenken tragen, sie anzuwenden, wenn der richtige Augenblick gekommen ist. Also werden auch sie sehr bald vor die Frage gestellt werden: Ja oder nein — und sie werden dann mit darüber zu bestimmen haben, ob sie einen billigen oder einen kostspieligen Frieden bekommen werden.

Entente-Hoffnungen auf Eingreifen Japans im Osten.

TU. Haag, 1. März. Dem Reuterschen Bureau sind von einflußreicher japanischer Seite folgende Erklärungen zur Verbreitung übergeben: Obschon noch nichts bekannt ist über die bevorstehenden Interventionen Japans im Osten, steht doch fest, daß die jüngsten Ereignisse in Rußland die Aufmerksamkeit der japanischen Regierung in erhöhtem Maße auf sich gezogen haben. Der deutsche Vormarsch im Osten hat eine völlig neue Lage für alle Verbündeten, die im Osten Interessen haben, geschaffen. Die jüngste Entwicklung der Lage in Rußland, die eine Ausdehnung Deutschlands bis nach Asien hinein möglich macht, bedeutet eine sehr ernste Gefahr für Japan. Die Regierung und das japanische Volk werden dieser Gefahr Rechnung tragen. Man begreift, daß die Besetzung Petersburgs die Möglichkeit für die Deutschen schaffen würde, in einem halben Jahr ihren Einfluß bis nach Sibirien hin auszudehnen. Es würden ihnen reiche Nahrungsmittel und andere Vorräte unter Ausnutzung des sibirischen Eisenbahnsystems in die Hände fallen.

Japan und der russische Friedensschluß.

In der japanischen Kammer erklärte Vikomte Matana, unmittelbar nach dem vollzogenen Friedensschluß Rußlands mit den Mittelmächten werde Japan sehr durchgreifende Maßnahmen treffen, um zu der Lage Stellung zu nehmen. Die Abreise des Vikomte Uchida aus Petersburg sei durch die gefährliche Lage veranlaßt worden, die dort herrsche, aber die Abreise bedeute keinen Bruch mit Rußland. Mit England, Amerika und den anderen Verbündeten bestehe völliges Einvernehmen über die Frage des russischen Sonderfriedens.

Japan und Rußland.

Basel, 28. Febr. Der Petersburger „Prawda" zufolge hatte der japanische Botschafter vor seiner Abreise aus Petersburg eine Besprechung mit Lenin, in der er erklärte, daß Japan keinerlei Interesse an Rußlands Grenzgestaltung habe. Er hoffe, daß Japan mit Rußland auch über die ostasiatischen Fragen zu einer freundschaftlichen Verständigung gelangen werde.

Die Friedensverhandlungen.

Unterredung Graf Czernins mit König Ferdinand

Bukarest, 28. Februar.

Seit dem Eintreffen der Abordnungen der Vierbundmächte in Bukarest haben unverbindliche Vorbesprechungen mit General Averescu stattgefunden.

Gemäß einer bei diesen Besprechungen getroffenen Vereinbarung hatte der österreichisch-ungarische Minister des Äußern Graf Czernin am 27. d. Mts. in dem von rumänischen Truppen noch besetzten Teil Rumäniens eine Unterredung mit König Ferdinand. Im Einverständnis mit den Verbündeten gab Graf Czernin dem König die Bedingungen bekannt, unter denen der Vierbund bereit wäre, mit Rumänien Frieden zu schließen. König Ferdinand erbat sich kurze Bedenkzeit, die ihm gewährt wurde.

Von der Antwort des Königs wird es abhängen, ob eine friedliche Lösung möglich erscheint. Es darf nicht vergessen werden, daß die Regierung in Jassy und mit ihr natürlich der König noch immer unter starkem Drucke des Verbandes steht. Wenngleich die Entente auch mit der Wahrscheinlichkeit eines rumänischen Friedensschlusses rechnet, so setzt sie doch alles daran, Rumänien möglichst lange beim Bündnis zu halten mit Rücksicht auf — das Saloniki-Unternehmen.

*

Die Verhandlungen mit Rumänien gestalten sich, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, vorläufig schwierig: Wenn sie scheitern sollten, so liegt dies nicht an den deutschen Bedingungen, die rein wirtschaftlicher Natur sind, sondern in erster Linie an den territorialen Forderungen unserer bulgarischen Verbündeten, die die ganze Dobrudscha sich zu sichern wünschen, mit dieser Forderung aber auf den leidenschaftlichen Widerstand der Rumänen zu stoßen scheinen. Inzwischen hat sich die Lage an der rumänischen Front derart gestaltet, daß sie unmöglich, wie bisher, fortdauern kann. Es ist daher anzunehmen, daß nach Ablauf der den Rumänen gestellten Frist die militärischen Operationen an dieser Front wieder aufgenommen werden.

*

Die Russen in Brest-Litowsk.

Trotzki bleibt in Petersburg.

Berlin, 28. Februar.

Die russische Abordnung trifft heute nachmittag zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk ein. Sie besteht aus Sokolnikow als Leiter, dem Minister des Innern Petrowski, Tschitscherin und Karachan als dessen Gehilfen, Joffe, Alexejew, dem Gehilfen des Ministers für Landwirtschaft, Admiral Altvater vom Admiralstab, Danilow, Adaski und Lipski vom Generalstab sowie der erforderlichen Anzahl von Sekretären und Stenographen.

Trotzki kommt also nicht wieder mit nach Brest-Litowsk. Vielleicht liegt darin ein Beweis dafür, daß die russische Regierung den ernsten Willen hat, diesmal zu einem Friedensschluß zu gelangen. Im wesentlichen wird es sich ja nur um formale Einzelheiten handeln, da ja die Russen durch Annahme des deutschen Ultimatums bereits dem Frieden in seinen Grundlagen zugestimmt haben.

Die Lage an der Ostfront.

Wiederherstellung der Ordnung.

Die deutschen Truppen der Heeresgruppe Eichhorn werden auf ihrem Vormarsch überall als Befreier begrüßt, was angesichts der Untaten der Bolschewiki zu verstehen ist. So wurden aus Reval 350 Balten im letzten Augenblick nach Petersburg geschleppt, um von dort nach Ostsibirien abgeschoben zu werden. Auch aus anderen Städten werden derartige Verschleppungen und auch Morde gemeldet, doch sind die weiblichen Gefangenen bisher alle befreit worden. Die in Rußland stehenden polnischen Truppen erblicken ebenfalls in den deutschen Truppen die Wiederhersteller der Ordnung.

In Pskow wurden 104 Lokomotiven und 1848 Eisenbahnwagen, darunter 704 beladene, erbeutet.

Bei der Einnahme der Stadt hatte eines unserer Bataillone infolge einer von den abziehenden Russen veranlaßten Explosion größere Verluste.

In der Ukraine macht die Instandsetzung der Verkehrswege und Bahnen gute Fortschritte, was wohl verständlich ist, da dem wohlbekannten [illegible]gischen Generalleutnant Groener, bekanntlich bei [illegible]nn des Krieges Chef des Feldeisenbahnwesens und [illegible] Begründer und Leiter des Kriegsamtes, diese Aufgabe gestellt wurde.

In Finnland ist die Gliederung der Weißen Garde und der Regierungstruppen noch nicht beendet, wird unter geeigneten Offizieren aber eifrig betrieben. Der Kampf gegen die Russen wird von der Bevölkerung als „Befreiungskrieg" aufgefaßt, aber das Verhalten der Schweden auf Aland nicht gebilligt. Die Rote Garde soll 100 000 bis 125 000 Köpfe stark sein.

Die russische Flotte befindet sich nunmehr nach der Einnahme von Reval anscheinend vollzählig in Helsingfors, wohin auch schwere Geschütze und Flugzeuge gebracht sein sollten. Nach Meldungen aus Wladiwostok endlich, sollen japanische Truppen dort gelandet sein und den Hafen besetzt haben. Die Armee Kornilows soll beabsichtigen, aus dem Dongebiet konzentrisch in drei Gruppen auf Moskau vorzugehen.

Deutscher Heeresbericht.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 28. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Die Engländer setzten ihre Erkundungen an vielen Stellen der Front fort. Mit stärkeren Kräften stießen sie während der Nacht am Houthoulster Walde und nördlich von der Scarpe nach heftiger Feuerwirkung vor. Im Nahkampf und im Gegenstoß wurden sie zurückgeschlagen.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht. Erfolgreiche Unternehmungen bei Avocourt und Les Eparges brachten uns 27 Gefangene ein.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Die Operationen nehmen ihren Verlauf. In Estland hat sich auch das 4. Esten-Regiment zur Bekämpfung der das Land durchstreifenden Banden unserem Kommando unterstellt. — In Minsk wurden 2000 Maschinengewehre und 50 000 Gewehre eingebracht.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

*

wtb. Berlin, 28. Febr., abends, (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

*

Der U-Boot-Krieg.

22 000 Tonnen im Mittelmeer versenkt.

TU. Berlin, 1. März. (Amtlich). Im Mittelmeer wurden auf den Wegen nach dem Orient, Alexandrien, Port Said und Saloniki sechs Dampfer und zwei Segler mit zusammen 22 000 Tonnen versenkt. Die Dampfer waren tiefbeladen, zum Teil bewaffnet und stark gesichert.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Die Besatzung des „Igoz Mendi".

Die ganze deutsche Bemannung des Dampfers „Igoz Mendi", des Begleitschiffes des Hilfskreuzers „Wolf", das bei Skagen strandete, ist am Mittwoch zusammen mit den spanischen Offizieren gelandet. Eine Abteilung dänischer Soldaten empfing die Deutschen am Strande und führte sie nach Skagen, wo sie interniert wurden.

Der Untergang des Hospitalschiffes „Clenart Castle".

Über den Untergang des Hospitalschiffes „Clenart Castle" (6000 To.) wird aus London gemeldet, daß das Schiff 20 Meilen von der Insel Lundy untergegangen ist. Das Schiff kam aus Newport, wo es repariert worden war und befand sich auf dem Wege nach Frankreich, um von dort Verwundete abzuholen. Das Schiff sank innerhalb 7 Minuten.

Österreichischer Einmarsch in Podolien.

Wie aus Wien gemeldet wird, wandte sich der Gouverneur von Podolien an die österreichisch-ungarische Regierung mit der Bitte, Truppen in Podolien einmarschieren zu lassen, um zu verhindern, daß bolschewistische Banden ukrainische Gebiete zerstören und ihre Lebensmittelvorräte vernichten. An zuständiger Stelle wird die Bitte des Gouverneurs von Podolien für gerechtfertigt und begreiflich angesehen. Die Lebensmittelvorräte für Österreich-Ungarn müssen gesichert werden; weiter sei damit zu rechnen, daß, wenn österreichisch-ungarische Truppen im Rücken der Rumänen sein werden, dies auf die rumänischen Friedensverhandlungen eine sehr günstige Wirkung haben wird.

Kleine Kriegspost.

Breslau, 28. Febr. Die Eisenbahndirektion Kattowitz hat nach einer Meldung der Schlesischen Zeitung den Regierungsrat Weikusat und einen Assistenten nach Brest-Litowsk entsandt, die dort den Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland und Rußland zwecks Austauschs von Gütern in die Wege leiten sollen.

Innsbruck, 28. Febr. Gestern fanden mehrere Fliegerangriffe auf Bozen statt. Es wurden 15 Bomben abgeworfen, eine davon auf ein Quartier mit Kriegsgefangenen, von denen 8 getötet und 20 verwundet wurden.

Basel, 28. Febr. Der erste Lord der britischen Admiralität Sir Geddes ist in Athen angekommen und vom König in Audienz empfangen worden.

Zürich, 28. Febr. Wie in Paris amtlich bekanntgegeben wird, haben amerikanische Truppen nunmehr auch einen Abschnitt am Chemin des Dames besetzt.

Lugano, 28. Febr. Allgemein nimmt man in der Schweiz an, daß eine italienische Offensive unmittelbar bevorsteht.

Petersburg, 28. Febr. Die Militärattachés der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Italiens, Englands, Serbiens und Japans haben dem ihnen von ihren Regierungen zugegangenen Befehl zufolge Rußland verlassen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Eine scharfe Abrechnung mit Deutschlands Feinden** hielt in der württembergischen Zweiten Kammer Ministerpräsident Dr. Frhr. v. Weizsäcker. Er sagte u. a.: Unsere Feinde täuschen sich, wenn sie glauben, durch kindische Flugblätter und durch an die Mauer gehörende Agenten die Seele unseres Volkes zu vergiften, und wenn man in Paris „Bis zum Ende" rufe, so soll das bis zu unserem Ende heißen. Das sei die Gewissenlosigkeit des Spieles um die höchsten Güter der Menschen. Der Minister fand die Zustimmung des Hauses, als er den feindlichen Staatsmännern riet, sie sollten einmal das Phrasengeklingel aufgeben, denn die ganze Welt wisse, daß der „Heilige Egoismus" bei den Engländern und Franzosen so gut wie bei den Italienern zur Teilnahme an dem Profitkriege geführt habe. Wenn auch die feindlichen Führer nach dreieinhalb Jahren Weltkrieg ferner als je von der Erkenntnis der Wahrheit seien, die den Weg zum Frieden bedeute, so beginne sich doch die Vernunft in der mißleiteten gegnerischen Bevölkerung zu regen.

✚ Aus Anlaß des Regierungswechsels in Mecklenburg-Strelitz hat **Großherzog Adolf Friedrich IV. von Mecklenburg-Schwerin eine Proklamation** erlassen, in der es heißt: „In Ansehung der jetzt eröffneten Regierungsfolge bedürfen verschiedene Tatsachen noch einer sicheren und objektiven Klärung. Das Wohl des Landes gestattet jedoch keine Unterbrechung der Regierungstätigkeit. Auf Grund der Hausgesetze und Verträge haben wir deshalb als nächster Agnat die Regierungsgewalt in dem Großherzogtum übernommen."

Großbritannien.

⊿ Auf einem unter Vorsitz Northcliffes abgehaltenen Frühstück führte Bonar Law aus, daß **England nicht eine neue langfristige Anleihe aufnehmen wolle.** Der beste mögliche Weg, um die Mittel zur Kriegführung zu beschaffen, sei von Woche zu Woche dem Staate Geld zu leihen. Wochenweise könne das Publikum Geld geben, ohne Störung des Finanzwesens, und diese Art würde das Ausharrungsvermögen Englands am besten an den Tag legen. Es sei offenbar, daß der Krieg nicht bald zu Ende gehen werde, und man könne sich mit dieser Hoffnung nicht an das Volk wenden. Die jetzt eingeführte „Geschäftswoche" werde die Methode, Geld aufzubringen, zu sicherem Erfolge für unbegrenzte Zeit führen. Die Absicht sei, jeden Landesteil aufzufordern, entsprechend seiner Bevölkerungsziffer zu einem der großen Kriegsmittel beizusteuern. Man würde also einen patriotischen Wettbewerb zwischen den einzelnen Landesteilen aufbieten. Das Publikum müsse jeden Groschen sparen und die Ersparnisse direkt dem Staate leihen.

✕ **Im Unterhause erteilte Minister Balfour auf die** Anregung eines Abgeordneten eine **indirekte Antwort an den Grafen Hertling.** Er führte aus, daß die Übereinstimmung zwischen den Kämpfenden noch nicht soweit sei, daß man diplomatische Verhandlungen eröffnen könne. Balfour machte ironisch abfällige Bemerkungen zu Hertlings angeblicher Annahme der Hauptgrundsätze Wilsons und sagte, er würde der Sache des Friedens den höchsten Schaden zufügen, wenn er die Hoffnung ermutigte, daß es irgendwelchen nützlichen Zweck hätte, Verhandlungen zu beginnen, bevor Aussichten beständen auf etwas, was einem allgemeinen Abkommen ähnlich sähe.

Polen.

✕ **Warschauer Blättern zufolge hat der Regentschaftsrat eine Note an die ukrainische Regierung** gerichtet, in der er auf die durch den Brester Friedensvertrag unter den Polen hervorgerufene Aufregung und auf die historischen Rechte der polnischen Nation verweist und betont, daß die Polen ein einträchtiges Zusammenleben mit der ukrainischen Nachbarnation anstreben und deshalb wünschen, daß die Feststellung der Landesgrenzen durch eine polnisch-ukrainische Grenzkommission geregelt wird.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 28. Febr. Aus Anlaß des Geburtstages des Königs der Bulgaren fand gestern in der Hedwigskirche ein Festgottesdienst statt, dem u. a. Generaloberst von Kessel als Vertreter des Kaisers und die Spitzen der Gesellschaft beiwohnten.

Berlin, 28. Febr. Die von verschiedenen ausländischen Zeitungen wiedergegebene Meldung, daß Wolffs Telegraphisches Büro in das Eigentum der Firma Friedrich Krupp A. G. übergegangen sei, entbehrt jeder Begründung und ist vollständig frei erfunden.

Berlin, 28. Febr. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Adolf Hoffmann hat sich eine schwere Sehnenzerrung am Fuß zugezogen, so daß er längere Zeit an der parlamentarischen Arbeit verhindert ist.

Stuttgart, 28. Febr. Die Stuttgarter Strafkammer verurteilte den Geschäftsführer der Deutschen Vaterlandspartei Württembergs, Professor Hermann Haug, wegen Beleidigung des fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Conrad Haußmann zu 300 Mark Geldstrafe und den üblichen Nebenstrafen.

Bern, 28. Febr. Die Züricher Post knüpft an die Versicherung des Grafen Hertling, daß Deutschland die Schweizer Neutralität achten wird, die Hoffnung, auch Clemenceau möge in der nächsten Rede eine ähnliche Erklärung abgeben, die zur politischen Beruhigung in der Schweiz erheblich beitragen würde.

Haag, 28. Febr. Der Minister des Äußern hat eine Kommission ernannt, um zu untersuchen, auf welcher Grundlage die wirtschaftlichen Beziehungen Hollands zu den Mittelmächten nach Ablauf des jetzigen Abkommens am 31. März geregelt werden sollen.

Stockholm, 28. Febr. In Persien ist ein neues nationalistisches Ministerium gebildet worden, das minder englandfreundlich als das vorhergehende ist.

Madrid, 28. Febr. Die Unabhängigkeit Finnlands ist von der spanischen Regierung anerkannt worden.

Athen, 28. Febr. Gestern fand die Hinrichtung der vom Kriegsgericht wegen Beteiligung an den Unruhen in Lamia zum Tode verurteilten Zivil- und Militärpersonen statt. Unter den Hingerichteten befinden sich zwei Frauen.

Deutscher Reichstag.

(136. Sitzung.) *CB.* **Berlin**, 28. Februar.

Am Tische des Bundesrats sitzen Vizekanzler v. Payer, die Staatssekretäre Graf Roedern und Wallraf. Fortgesetzt wird die erste Lesung des Haushaltsplans.

Abg. Landsberg (Soz.): Gewiß freuen auch wir uns des russischen Friedens, aber nicht der russischen Friedensbedingungen. Es ist falsch, die Notlage eines Landes auszunutzen. Angesichts des Versuches des Herrn v. Heydebrand, aus weiß schwarz zu machen, sollte Graf Hertling über Belgien noch einmal und so eindeutig sprechen, daß auch Herr v. Heydebrand ihn versteht. Der Streik war nicht Landesverrat. Wenn die Regierung sich nur mit Abgeordnete über politische Fragen unterhält, warum hat sich dann Graf Hertling mit Herrn v. Tirpitz über hochpolitische Dinge unterhalten? Nur wer in dieser Kriegszeit stets die Interessen des Vaterlandes vor die eigenen Interessen gestellt hat, darf auf die streikenden Arbeiter einen Stein werfen. Erzberger hat recht, bei uns besteht eine Kamorra, die mit Geld und Verleumdungen arbeitet. Was sind das für Menschen, die dem Schrei nach Bürgerkrieg zujubeln, statt sich mit Ekel abzuwenden? Das preußische Wahlrecht kann selbstverständlich im Reichstag besprochen werden. Redner schließt mit einer längeren Polemik gegen die Nationalliberalen wegen ihrer Haltung in der preußischen Wahlrechtsfrage.

Streik und preußisches Wahlrecht.

Staatssekretär Wallraf: Man hat darauf verwiesen, daß die Regierung ja gar keine Veranlassung gehabt hätte, dem Streik entgegenzutreten, weil die Streikenden Forderungen der Verwirklichung hätten näherbringen wollen, für die — wie die preußische Wahlrechtsreform — auch die Regierung sei. Hätte es nicht viel nähergelegen, daß man den streikenden Arbeitern gesagt hätte, sie brauchten wegen dieser Forderungen gar nicht zu streiken, denn die Regierung habe sich längst bereit erklärt, sie durchzusetzen. Unrichtig ist, daß während der Streikunruhen sechs Arbeiter erschossen worden seien. Wohl sind einige Arbeiter verletzt worden, aber niemand ist den Verletzungen erlegen. Dagegen steht ebenso amtlich fest, daß neben dem erschossenen Wachtmeister insgesamt 21 Schutzleute durch Schüsse, Stiche oder Steinwürfe mehr oder weniger schwer verletzt worden sind. Wir danken der Polizei für ihre Pflichterfüllung.

Abg. Rießer (natl.): Abg. Landsberg sagte, es wäre ihm lieber, wenn die Einmütigkeit, die in der nationalliberalen Reichstagsfraktion für das gleiche Wahlrecht besteht, in der preußischen Abgeordnetenhausfraktion vorhanden wäre. Ich kann ihm mit zwei Worten antworten: uns auch. Die nationalliberale Reichstagsfraktion war vor einigen Tagen in Hamburg gewesen, wo angesehene Vertreter der Kaufmannschaft Vorträge gehalten und ihre Wünsche und Forderungen vorgebracht haben. Wir haben uns aufrichtig gefreut über den unzerstörbaren Glauben an die glückliche und stolze Zukunft unseres Vaterlandes, der aus ihren Worten sprach und der auch uns durchglüht. Man vertraut fest auf den starken Schutz des deutschen Armes, wenn der hanseatische Kaufmann wieder nach Übersee hinausgehen wird. Redner beschäftigt sich weiter mit Fragen der Kriegs- und Übergangswirtschaft und wendet sich ebenfalls gegen das Übermaß von Verordnungen.

Abg. Dr. Roesicke (kons.) wendet sich gegen die Angriffe auf seine Partei durch Erzberger, Scheidemann und andere. Er bestreitet, daß die Rechte weitausgreifende Kriegsziele hätte. Noch im Jahre 1917 hätten Zentrum und Fortschritt die gleichen Kriegsziele wie die Konservativen vertreten und seit damals habe sich nichts verändert. Bei unserer guten militärischen Lage sei keine Veranlassung, die Ziele zu ändern. Die Kriegslasten seien groß und würden noch anwachsen. Deutschland könne sie allein nicht tragen und müsse sie auf die Staaten abwälzen, die Schuld an der Kriegsverlängerung trügen.

Abg. Dr. v. Schulze-Gaevernitz (Vp.) füllte seine Rede zum großen Teil mit Ausführungen über die deutschen Freiheitsgedanken. Er bringt dann die Fliegerangriffe auf süddeutsche Städte, vor allem auf seine Vaterstadt Freiburg i. B., zur Sprache und teilt aus persönlicher Erfahrung mit, daß jeder, dem ein Verwandter durch Fliegerangriffe getötet oder verstümmelt wird, ein Hasser bleibt. Gleiche Wirkung hätten natürlich unsere Vergeltungsmaßnahmen auf die französische und englische Bevölkerung. Deshalb sollte man, um zu einer Milderung des Kriegswahnsinns zu gelangen, durch ein internationales Abkommen alle Fliegerangriffe auf nicht unmittelbar an der Front liegende Ortschaften verbieten.

Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung behauptet noch der Abg. Erzberger, Großadmiral v. Tirpitz habe ihm persönlich den Erfolg des verschärften U-Bootkrieges nicht nach 6 Monaten, sondern schon nach 6 Wochen versprochen. (Stürm. hört, hört!) Hierauf wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Der preußische Staatshaushalt.

Rc. **Berlin**, 28. Februar.

Das Haus setzt in seiner heutigen 113. Sitzung die Beratung des Haushaltplanes für 1918 fort.

Auf Wunsch des Unterausschusses des Wahlrechtsausschusses wird nicht der Sonnabend, sondern der Montag für diesen Unterausschuß sitzungsfrei bleiben, da seine Mitglieder am Sonnabend verhindert sind.

Zu den Justizangelegenheiten

widmet der Abg. Reichard (Str.) dem früheren Justizminister Dr. Beseler Worte dankbaren Gedenkens. Aufs tiefste zu beklagen ist die Zunahme der Kriminalität der Jugend. Die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft erklären mit Recht, daß die Überfälle an Strafandrohungen verheerend wirkt auf das Rechtsbewußtsein. Wer hat nicht schon einem Bekannten ausgeholfen mit einer Brot- oder Fleischkarte? Die Diebstähle und Einbrüche häufen sich unheimlich.

In der erschreckend großen Anzahl von Kriegsverordnungen findet Abg. Dr. Gottschalk (natl.) eine der Ursachen für die gewaltige Zunahme der Strafsachen. Wie der Vorredner tritt der Redner für Verbesserung der Lage der Rechtsanwälte ein, namentlich der zum Kriegsdienst eingezogenen. Abgeordneter Dr. Renold bespricht Beamten- und Rechtsanwaltfragen.

Justizminister Dr. Spahn führt aus, daß schon im Jahre 1917 die Staatsanwaltschaften beauftragt worden seien, vor der Erhebung der Anklage wegen Verletzung von Kriegsverordnungen Gutachten zu hören. Er versicherte, daß die Reform des Kanzleiwesens im Auge behalten werde und daß die für die Aktuare erlangbaren Stellen fortgesetzt vermehrt werden. Eine Erhöhung der Gehälter werde sich nicht mehr umgehen lassen und dabei werden auch die Anstellungsverhältnisse der Beamten geprüft werden. Der fortschr. Abg. Kanzow begrüßte die jetzt zustandegekommene Vereinheitlichung des Strafvollzuges. Der Redner wandte sich gegen die Verhängung von Gefängnisstrafen von wenigen Tagen. Er verlangte, daß die Jugendlichen in besondere Strafanstalten untergebracht werden. Der Vormundschaftsrichter sollte zugleich Jugendstrafrichter sein; auch die jugendlichen Verbrecher sollten vor das Jugendgericht nicht vor die Jugendstrafkammern kommen.

Abg. Dr. Liepmann (mit.) wünscht bessere Fürsorge für die aus der Strafhaft Entlassenen, Schutz der Hausbesitzer und Hebung des Realkredits.

Justizminister Dr. Spahn: Das Staatsministerium hat beschlossen, die Disziplinarstrafen in den Personalakten der Beamten unter gewissen Bedingungen zu löschen. Die Reform des Disziplinarstrafverfahrens ist in die Wege geleitet.

Kriegs-✠-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

28. Februar. Englische Erkundungsversuche an der Westfront werden im Nahkampf und im Gegenstoß zurückgeschlagen. — Auf dem östlichen Kriegsschauplatz nehmen die Operationen ihren Verlauf. — In Minsk werden 2000 Maschinengewehre und 50000 Gewehre erbeutet.

Lokaler Teil

Merkblatt für den 2. März.

Sonnenaufgang	6^{42}	Monduntergang	7^{56} V.
Sonnenuntergang	5^{47}	Mondaufgang	11^{11} N.

1835 Kaiser Franz I. von Österreich gest. — 1851 Strafrechtslehrer Franz v. Liszt geb. — 1914 Kardinal Georg v. Kopp gest. — 1916 Königin Elisabeth von Rumänien (Carmen Sylva) gest. — 1917 Rücktritt des Generalfeldmarschalls Conrad v. Hötzendorf. — Die Vereinigten Staaten ordnen die Bewaffnung der Handelsschiffe an.

□ **Ausgabe der Stücke zur 7. Kriegsanleihe.** Teilweise sind die Stücke zur 7. Kriegsanleihe noch nicht in die Hände der Zeichner gelangt. Das hat Anlaß zu törichten Gerüchten gegeben. Selbstverständlich liegt auch für die wenigen Zeichner der 7. Kriegsanleihe, die ihre Stücke bisher noch nicht empfangen haben, ein Grund zur Besorgnis nicht vor. Im übrigen sei nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die teilweise Ausgabe der kleinen Stücke zur 7. Kriegsanleihe von 100 bis 500 Mark an die Reichsbankanstalten zur Weiterleitung an die Vermittlungsstellen und Zeichner bereits erfolgt ist. Die Ausgabe der Stücke zu den 5½%igen Reichsschatzanweisungen dürfte Anfang Mai restlos erfolgen. Die Verteilung der Stücke von 1000 Mark 5%iger Reichsanleihe und darüber beginnt voraussichtlich Mitte Mai. Sie dürfte etwa Mitte Juni dieses Jahres für sämtliche Stücke restlos beendigt sein. Außerdem bleibt zu beachten, daß diejenigen Zeichner auf die 7. Kriegsanleihe, die zurzeit noch nicht im Besitz endgültiger Stücke sind, auch jetzt noch durch Vermittlung ihrer Zeichnungsstellen Zwischenscheine erhalten können, die sich ebenso wie die endgültigen Stücke jeder Zeit verkaufen und bei den Reichsdarlehnskassen beleihen lassen. Die Ausgabe der Stücke für die 8. Kriegsanleihe wird ebenso wie dies bei der 7. Kriegsanleihe geschehen ist, nach Möglichkeit beschleunigt werden. Dabei wird wiederum darauf Bedacht genommen werden, daß die kleinen Zeichner (von 100 bis 500 Mark), die im Gegensatz zu den Zeichnern von 1000 Mark und mehr keine Zwischenscheine bis zum Empfang der endgültigen Stücke erhalten, ihre Stücke zuerst bekommen. Diese werden mit möglichster Beschleunigung fertiggestellt und voraussichtlich im September d. J. ausgegeben werden. — Daß die Fertigstellung nicht schneller vor sich geht, erklärt sich aus der großen Zahl der zu druckenden Anleihestücke (bis jetzt mehr als 50 Millionen) und aus der Sorgsamkeit, mit der im Hinblick auf den Wertpapiercharakter der Stücke bei deren Druck unbedingt verfahren werden muß.

* **Der Mangel an Saugpfropfen für Flaschenkinder** ist schon seit langem ein so bekannter Mißstand, daß man sich wundern muß, warum nicht Abhilfe getroffen wird. Die Qualität der erhältlichen Ersatzpfropfen ist äußerst geringwertig. Die Mutter eines Säuglings kann unter Umständen jeden Tag genötigt sein, den Weg zur Apotheke anzutreten, denn in zahllosen, vielleicht gar den meisten Fällen, dauert die Herrlichkeit des Ersatzpfropfens nur einen Tag. Außerdem machen die Dinger einen recht schlechten Eindruck, so daß, wie eine Leserin der Deutsch. Tagesztg. schreibt, die Säuglinge lieber hungern und schreien, statt den übelschmeckenden Sauger zu nehmen. Richtige Gummisauger sind dem Vernehmen nach hier und dort zu haben, aber zu Preisen, die nur ein Kriegsgewinnler größerer Dimension erschwingen kann. Verstärkte Säuglingsfürsorge ist als eine Forderung des Krieges von größerem Interesse als manche andere Angelegenheit.

* Absatzbeschränkung für Herbstgemüse. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes hat seine Genehmigung dazu erteilt, daß alles Herbstgemüse, über welches Lieferungsverträge nicht zustandekommen, der Absatzbeschränkung unterworfen werden wird. Es darf mithin jeder Anbauer für sich zwar behalten, was er in seinem Haushalte verbrauchen und in seinem Betriebe verarbeiten will, geht er aber dazu über, Ware im Handel abzusetzen, so bestimmt die Reichsstelle für Gemüse und Obst oder die ihr nachgeordnete zuständige Stelle, wohin die Ware zu leiten ist, und wer sie zu erhalten hat. In keinem Falle wird alsdann ein höherer, wahrscheinlich aber ein niedrigerer als der Lieferungsvertragspreis gezahlt werden.

— Die Nichtbefolgung der Anordnungen in den Bahnzügen, namentlich das Rauchen in Nichtraucherabteilen und den D-Zuggängen hat zu so großen Unzuträglichkeiten geführt, daß die Bahnverwaltung sich genötigt sieht, mit Strafen gegen diesen Unfug einzuschreiten. Siehe Bekanntmachung.

)(Die unterbrochene Mittagsverbindung mit Büren, für die wir wiederholt im Interesse des Wirtschaftslebens Paderborns und der Orte an der Bürener Strecke eingetreten sind, ist mit heute wieder hergestellt. Zug 668 ab Paderborn 12 Uhr 5 mittags verkehrt ab heute wieder und ebenso Zug 661, ab Büren 5 Uhr 5, an Paderborn 6 Uhr 14 morgens. Beide Züge verkehren aber nur an Werktagen.

!!! Frühlingsboten. Seit einigen Tagen läßt sich bereits die Schwarzdrossel hören und gestern kündigte der Buchfink durch seinen Gesang den Lenzmonat an. Die Stare haben ebenso schon ihren Einzug gehalten und auch die ersten Bachstelzen sind eingetroffen. Mögen sie die Vorboten eines schönen Lenzes sein.

X **Königlich Preußische Klassen-Lotterie.** Die Einlösung der Lose zur 3. Klasse 11. (237.) Lotterie muß bis zum Mittwoch, 6. März, erfolgen.

Paderborner Stadtchronik.

Paderborn wieder vollends vom Fernverkehr abgeschnitten.

Wie wir erfahren, hat die Eisenbahnverwaltung das gestern bekanntgegebene neue D-Zugpaar Cöln—Paderborn—Berlin und zurück wieder abgesagt. Da außerdem mit heute die beiden bisherigen Tages- und Nachtschnellzugpaare vorübergehend ausfallen, ist Paderborn und das ganze Gebiet um Paderborn vom Fernverkehr so gut wie abgeschnitten. Dazu kommt, daß auch die Postverbindungen nach dem Osten und vom Rhein unerträgliche werden, das ganze Wirtschaftsleben also gehemmt und aufs schwerste geschädigt wird. Wie wir hören, soll dazu der Ausfall der Züge 33, 34, 35 und 36 nicht weniger wie 56 Tage dauern. Ob das neu vorgesehen gewesene D-Zugpaar 37 und 38 früher eingelegt wird, oder ob es ganz ausfallen, oder unter Umgehung von Paderborn gefahren werden wird, ist noch unbekannt. Da müssen alle Hebel angesetzt werden, um wenigstens ein Schnellzugpaar und zwar eine Nachtverbindung alsbald für die Paderborner Strecke wieder zu erhalten. In der zu weitgehenden Rationierung der Fernverbindungen richten die häufigen Aenderungen und Wiederrufe der Eisenbahnverwaltungen ein großes Wirrwarr an. Sämtliche Eisenbahndirektionen gaben gestern und vorgestern den Fahrplan von D 37 und 38 bekannt. Alle Postämter erhielten die Meldung von der Einlegung zur Vorbereitung des Postdienstes und durch alle Vorarbeit macht der Wiederruf wieder einen Strich; ebenso durch unsere Hoffnungen, daß Paderborn nunmehr eine günstige Verbindung zwischen Berlin und dem Rhein erhalten habe.

*

Gewerbebank — Paderborn.

In der nächsten Nummer unseres Blattes finden die Leser die Bilanz und Jahresrechnung der Gewerbebank e. G. m. b. H. zu Paderborn veröffentlicht. Die Generalversammlung, welche am 26. ds. Mts. im Saale des Herrn Adam Wiethaup tagte, erfreute sich wiederum einer zahlreichen Beteiligung. Aus dem vom Vorstande erstatteten Jahresbericht geben wir einige der angeführten Zahlen wieder. Der Umsatz betrug 22 Millionen Mark gegen 13 Millionen im Vorjahr. Im Laufe des Geschäftsjahres sind 16 Mitglieder mit 24 Geschäftsanteilen neu aufgenommen, während 6 Mitglieder ausgeschieden sind. Die Mitgliederzahl betrug zum Schluß des Jahres 246. Das Betriebskapital erhöhte sich um eine halbe Millionen Mark. Der Reingewinn betrug trotz reichlicher Abschreibungen über 10 000 Mark und konnte außer der Verteilung von 5 Prozent Dividenden noch 5000 Mark den Reserven und sonstigen Rücklagen überwiesen werden. Die auf das Berichtsjahr entfallene 6. und 7. Kriegsanleihe ergaben das erfreuliche Resultat von mehr als eineinviertel Millionen Mark. Die Mitglieder haben sich somit an den Anleihen mit erheblichen Summen beteiligt. Die Verwaltung setzte bei dieser Versammlung mit der Werbetätigkeit für die 8. Kriegsanleihe, die in Kürze zur Zeichnung aufliegen wird, wiederum ein. Herr Geistlicher Rat Schäfers verstand es, in kurzen Zügen den Anwesenden ein anschauliches Bild der durch Deutschlands Waffengewalt erzielten Erfolge zu geben. Redner betonte, daß das Deutsche Wirtschaftsleben trotz aller durch die Kriegsdauer und gegnerischen Machenschaften hervorgerufene Schwierigkeiten unerschüttert dastehe. Zweifellos werden Redners Schlußausführungen, die eine rege Beteiligung der Mitglieder der Bank wie des gesamten gewerblichen Mittelstandes von Paderborn auch wiederum an dieser Kriegsanleihe forderte, erfüllt werden.

Der Verlauf der Verhandlungen zeigte von neuem die große und ungestörte Einigkeit unter den Mitgliedern, da sowohl die von der Verwaltung wie auch von den Mitgliedern in Vorschlag gebrachten und gestellten Anträge einstimmigen Beschluß fanden.

Leider scheinen noch manchem Handwerker und Gewerbetreibenden die Bestrebungen des Genossenschaftswesens, durch Zusammenfassung der Kräfte den Schwachen und dem einzelnen zu helfen, nicht genügend bekannt zu sein. Mögen daher die Angehörigen dieser Berufsklassen, welche bislang dem Genossenschaftswesen fremd und gleichgültig gegenüberstehen, Einblicke in das Leben und Wirken der genossenschaftlichen Kreise gewinnen und sich ihnen anschließen zur gemeinsamen Arbeit für die Erhaltung des deutschen Mittelstandes.

*

* **Die Mitglieder der Paderborner Kreisvertretung der Zentrumspartei werden vom Vorstand auf nächsten Sonntag, nachmittags 2½ Uhr in den Kaiserhof dahier geladen. Unsere beiden Abgeordneten werden anwesend sein, und zwar wird Abg. Dr. Grunenberg über die Wahlrechtsfrage und Abg. Dr. v. Savigny über die äußere Politik sprechen, darauf wird eine allgemeine Aussprache folgen.**

Bei dieser Gelegenheit seien alle Mitglieder der Zentrumspartei an die dringende Notwendigkeit der Zahlung der Parteibeiträge, die großenteils für mehrere Jahre infolge des Krieges rückständig sind, erinnert. Die Vertrauensmänner oder ihre Vertreter sind für die Einlieferung der Beiträge, ohne die das Parteileben nicht aufrecht erhalten bleiben kann, haftbar; es ist deshalb mit Sicherheit zu erwarten, daß die Parteimitglieder in Stadt und Land schleunigst und gewissenhaft die Beiträge zahlen und, wo erforderlich, auch nachzahlen werden. Es handelt sich um eine Ehrensache, der sich niemand, der Zentrumsmann sein und bleiben will, entziehen darf!

= Am Sonntag, den 3. März, nachmittags 5 Uhr veranstaltet der Vorstand des **Haus- und Grundbesitzer-Vereins** im Westfälischen Hofe eine Versammlung aller Hausbesitzer zur Beratung wichtiger Fragen des Hausbesitzers. Auf Bitte des Vereins hat sich der Vorsitzende des Mieteinigungsamtes, Herr Justizrat de Weldige, bereit erklärt, in dieser Versammlung über Zweck und Aufgabe der Mieteinigungsämter zu sprechen. Außerdem wird noch ein Vortrag gehalten über das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter im Kriege, der sämtliche auf diesem Gebiete ergangenen Verordnungen und Kriegsgesetze berücksichtigen wird. Bei der Wichtigkeit der zur Aussprache bestimmten Gegenstände, die sich aus der heutigen schwierigen Lage von selbst ergeben, ist die Versammlung nicht als eine auf die Mitglieder beschränkte gedacht, sondern die Einladung richtet sich an sämtliche Hausbesitzer. Wir empfehlen daher den Besuch allen Hausbesitzern auf das angelegentlichste.

▽ **Zum Domchorkonzert.** Der Domchor hat sein diesjähriges Konzert in den Dienst der Fürsorge für verwaiste Diasporakinder (Bonifatius-Sammelverein) gestellt. Warum gerade da infolge des Krieges die Not besonders hoch gestiegen ist, ward schon an anderer Stelle dargelegt. Das Konzert, das am Sonntagnachmittag (3. März) Uhr im Bürgerverein stattfindet, ist als Schlußakkord eines ges" gedacht, der mit verschiedenen Veranstaltungen zur hilfe aufrufen soll. Darum ist auch ein ganz kurzer Vortrag in die Folge eingeschoben, der aber zugleich auch in etwa in das Programm einführen soll. Das abschließende Lied Radeckes „Aus der Jugendzeit" gibt die ungeschriebene Ueberschrift ab. Was Volkslied und Kunstlied aus der Kinderzeit zu singen und zu sagen wissen, ist unter bestimmten Rücksichten ausgewählt, und wem da die Fähigkeit zum willigen, geistigen



Gold verstecken,
Goldschmuck tragen heißt:
Das Vaterland schädigen.
Das sage einer dem andern!

Geh in dich!

Wer vom Schweiß des deutschen Volkes lebt
Und kann sich vom goldenem Tand nicht trennen,
Dem soll jeder Eisensplitter,
An dem ein menschlicher Blutstropfen klebt,
In seiner schmierigen Seele brennen!

Richard Dehmel.

Die Geldsammelstelle befindet sich im Rathause und ist jeden Mittwoch nachmittag von 3—6 Uhr geöffnet.

Mitgehen nicht fehlt, der findet hier bald seine eigene Jugend wieder, jenes versunkene Land mit seinem heiligen Ernste, mit seinen drolligen Einfällen, mit seinen närrischen Gedanken und wunderlichen Phantasien, mit seinem Lebensgefühl in Spiel und Tanz. Alte Lieder tauchen auf, längst begrabene, hohe Wünsche werden wieder lebendig. Du liegst wieder im Grase und siehst die Wolken wandern und deine Gedanken wandern mit, weit, weit in ferne geheimnisvolle Länder, wo noch Märchen geschehen. Und in seligem Wünschen heben sich ein paar Patschhände, als wären es Flügel, zum Blauen hinauf: „Ach wenn doch . . ." Da auf einmal — „Aus der Jugendzeit, klingt ein Lied so fern und weit". Radeckes wehmütig, innige Weise reißt dich aus deinem Traume. „Schön ist die Jugend, sie kommt nicht mehr". Aber Gott sei Dank, sind wir auch selber nicht mehr jung, so haben wir doch noch Jugend um uns und wissen nun wieder, was die Jugend braucht und was wir ihr erhalten müssen. — Als Solistinnen wirken bei dem Konzert mit Frl. Paula Hatzfeld und Frl. Julia Predeek. Schülerinnen des Michaelsklosters legen einen Reigen und Volkstänze ein.

△ Dem Landgerichtsrat **Hillenkamp** dahier wurde der Kronenorden III. Kl. verliehen.

*

* Neuhaus, 1. März. In der Umgebung von Neuhaus ist vor etwa vier Wochen ein Dienstmädchen ums Leben gekommen, das Petroleum in das brennende Feuer geschüttet und sich dabei selbst in Brand gesetzt hatte. Weit schlimmer ist ein neuer Fall, ebenfalls aus der Umgebung von Neuhaus: aus derselben Ursache wurde eine Mutter mit zwei Kindern in das Neuhäuser Krankenhaus eingeliefert und alle drei sind dem Tode zum Opfer gefallen. Bei diesem Unglücksfall handelt es sich, wie wir erfahren, nicht um Petroleum sondern um Benzol, also ein noch gefährlicheres Produkt. Die Frau soll dieses von Lebensmittelhamsterer aus dem Industriegebiet im Austausch erhalten haben. Der Fall mahnt daher zur besonderen Vorsicht.

⇔ **Delbrück,** 28. Febr. **Zum Leutnant d. R. in einem Fußartillerie-Regt. wurde befördert der Vizefeldwebel H. Biermann, Sohn des Kunst- und Kirchenmalers Jos. Biermann.**

Von Nah und Fern.

× Münster, 28. Februar. Die Stadtverordneten bewilligten einen weiteren Kriegskredit von 3 000 000 Mark, der hauptsächlich zur Unterstützung von Kriegerfamilien verwendet werden soll. Bisher sind für diese Zwecke schon 10 Millionen Mark ausgegeben worden.

* Siegburg, 28. Februar. Der Kreistag des Kreises Siegen nahm eine Schenkung des Geh. Rat Jul. Borster in Köln von 50 000 Mark zur Unterstützung kinderreicher Familien von Kriegsteilnehmern entgegen.

* Köln, 28. Februar. Mit Anschluß von 34 Innungen und Handwerker-Vereinigungen hat sich hier eine Genossenschaft zur Verteilung der Rohstoffe an das Handwerk gebildet. Der Geschäftsführerposten wird öffentlich ausgeschrieben.

⇔ Koblenz, 28. Februar. Das Kriegsgericht der Festung Ehrenbreitstein verurteilte die 24jährige Sybilla Sauer aus Kärlich und die Ehefrau Anton Schüth aus Kaltenengers a. Rh. wegen vorsätzlichen und überlegten Kindesmordes zum Tode. Am 13. Dezember v. Js. hatte die Sauer ihr 15 Monate altes uneheliches geborenes Kind vergiftet. Die Schüth hatte sie zu der Tat angestiftet und ihr Strichnin verschafft.

* Hamburg, 27. Februar. Eine Mörder- und Räuberbande wurde von der hiesigen Polizeibehörde durch die Festnahme eines in der Strejowstraße wohnenden Polen aufgespürt, der sich mit Hilfe gefälschter Päße und anderer Papiere bei einer Behörde ausweisen wollte. Mit dreizehn Raubgenossen hat er verschiedene Gegenden im besetzten Gebiet mordend und sengend durchstreift. In einigen Orten haben sie schrecklich gehaust. Sie steckten dort Häuser in Brand, nachdem sie sie ausgeplündert hatten, und schossen Polizeibeamte, die sich ihnen entgegenstellten, nieder.

§ **Stuttgart,** 28. Febr. Zur Kloster Beuron ist Erzabt Ildefons Schober heute gestorben. — Als der hochwürdigste Herr vor einigen Wochen zurücktrat, ahnten höchstens die ihm zunächst stehenden Kreise, daß er dem Grabe so nahe sei. Er ruhe in Frieden!

Letzte Nachrichten.

Neue Bundesratsverordnungen.

Berlin, 28. Febr. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden angenommen: 1. der Entwurf eines Gesetzes über Kriegsabgaben der Reichsbank; 2. der Entwurf eines Gesetzes über die Veranstaltung von Lichtspielen; 3. der Entwurf einer Bekanntmachung über die Errichtung einer Reichsstelle für Schuhversorgung.

Bomben auf Venedig.

Wien, 28. Febr. Als Vergeltung für den italienischen Fliegerangriff auf die offene Stadt Innsbruck haben österreichische Flugzeuggeschwader in der Nacht zum 27. Februar die Bahnhöfe und militärischen Anlagen des Kriegshafens Venedig mit Bomben belegt und hierbei zahlreiche deutlich beobachtete Treffer mit Brandwirkung erzielt.

„Präliminarbedingungen" für Deutschland.

Genf, 29. Febr. **Die Entente will, sich auf Wilsons Standpunkt stellend, kundtun, daß Deutschland eine gewisse Zahl Präliminarbedingungen rückhaltlos unterschreiben und sogar ausführen müsse, ehe an die Einleitung von Friedensverhandlungen überhaupt nur gedacht werden könne.**

Finnische Frauenbataillone.

Kopenhagen, 28. Febr. **Wie finnische Blätter melden, sind nun in Finnland auch Frauenbataillone zur Wiederherstellung der Ordnung gebildet worden.**

Schweden bleibt neutral.

Stockholm, 28. Febr. **Der Ministerpräsident beantwortete heute eine Interpellation betreffend die Waffenausfuhr nach Finnland und erklärte, die Regierung habe ihrer neulich ausgesprochenen Meinung über die Haltung Schwedens gegenüber der Krise in Finnland nichts hinzuzufügen. Sie werde also das geltende Verbot der Durch- und Ausfuhr von Waffen und Munition nicht aufheben. Etwa einkommende Erlaubnisgesuche würden den schon bekanntgegebenen Grundsätzen gemäß geprüft werden. Die Regierung glaube wie bisher, daß Waffen und Munition für die finnische Regierung nicht aus den schwedischen Staatsvorräten geliefert werden dürfen.**

Nach Redaktionsschluß eingegangen.

Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten.

TU. München, 1. März. Eine Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten wird heute Freitag unter dem Vorsitz des bayrischen Ministerpräsidenten Dandl in Berlin stattfinden.

Die Friedenssehnsucht in Frankreich.

TU. Genf, 1. März. Die auch im französischen Heer überhandnehmende Friedenssehnsucht hat die Regierung veranlaßt, zu den äußersten Maßnahmen zu greifen, um den Ruf nach Frieden verstummen zu machen. In Pariser linkssozialistischen Kreisen erwartet man von Tag zu Tag die Verhaftung der hauptsächlichsten Friedensapostel, wie Brizon und Rappaport. Ein Anfang zu Massenverhaftungen größten Stils ist der Fall von St. Etienne, wo Clemenceau unter dem Vorwande der Entdeckung einer deutschen Spionageorganisation alle nicht völlig zuverlässigen Elemente festnehmen ließ. Hand in Hand geht damit eine rege Propagandatätigkeit in der Armee, die aber trotz aller Redereien vom barbarischen Deutschland beim intelligenten französischen Soldaten nicht mehr verfängt. Da an zahlreichen Orten die Hetzredner ausgepfiffen wurden, hat Clemenceau „wissenschaftlich-historische Konferenzen" gegründet, die die Soldaten mit Greueldokumenten und Bildern von der deutschen Barbarei und der Notwendigkeit der Weiterführung des Krieges überzeugen sollen.

Neuer russischer Generalissimus und Diktator

TU. Genf, 1. März. Nach dem „Telegraph" soll gegen Krylenko ein Attentat ausgeführt worden sein. Er sei durch einen Revolverschuß am Halse verletzt worden. An seiner Stelle sei General Brusewitsch zum Generalissimus und gleichzeitig zum Diktator ernannt worden.

* **Spielplan der Königl. Schauspiele zu Cassel.** So. 7 Uhr: Rigoletto. Mo. 7½ Uhr: Könige. Di. 7½ Uhr: Aebelo. Mi. 7½ Uhr: Ein Schritt vom Wege. Do. Unbestimmt. Fr. 7½ Uhr: Doktor Klaus. Sa. 7½ Uhr: 6. Abonnements-Konzert. So. 2 Uhr: 18. Vorstellung für die Kriegsarbeiterschaft. Der Raub der Sabinerinnen. Ein Kartenverkauf findet nicht statt. 7 Uhr: Tannhäuser. Mo. 7½ Uhr: Rigoletto.

Druck, Verlag und Redaktion von Martin Wagner, in Paderborn.

Bekanntmachung.

Die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Personenzügen getroffenen Anordnungen werden von vielen Reisenden nicht beachtet. Namentlich wird in den Nichtraucherabteilen und den Gängen der D-Züge geraucht. Abgesehen von der hierdurch eintretenden Belästigung der Mitreisenden im allgemeinen, haben Kranke und vor allem auch an Brustverletzungen leidende Kriegsbeschädigte unter dieser Rücksichtslosigkeit zu leiden. Die zur Aufrechterhaltung der Ordnung gegebenen Bestimmungen in den Zügen sind im Allgemeininteresse unbedingt zu beachten. Zuwiderhandlungen ziehen die Gefahr empfindlicher Bestrafung nach sich. Es darf erwartet werden, daß jeder Reisende sich in der jetzigen Zeit gesteigerter Pflicht der Rücksicht gegenüber Mitreisenden bewußt ist. Gegen Reisende, die diese Vorschriften übertreten, müssen wir in Zukunft strafrechtlich vorgehen.

Cassel, den 26. Februar 1918.

Königliche Eisenbahndirektion.

Arbeiter-Familien
gesucht.
Simonswerk G. m. b. H.,
Rheda, Bez. Minden.

Bei
Hals- u. Lungenleiden
aller Art, wie Katarrhen, tuberkulösen Erkrankungen, Asthma u. s. w. erzielten, wie zahlreiche Mitteilungen von Ärzten, Apothekern und Leidenden einwandfrei beweisen, unsere
Rotolin-Pillen
in jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.
Husten, Verschleimung, Auswurf,
Nachtschweiß, Stiche im Rücken u. Brustschmerz hören auf; Appetit u. Körpergewicht heben sich rasch; allgemeines Wohlbefinden stellt sich ein. — Erhältlich die Schachtel zu 2.50 M. in allen Apotheken; wenn nicht vorrätig, auch direkt von uns durch unsere Versandapotheke.
Ausführliche Broschüre kostenlos durch:
Ploch & Cie., Berlin SW. 68.

Arbeiterinnen
für unser Geschoßabteilung
gesucht.
Simonswerk G. m. b. H.,
Rheda, Bez. Minden.

Bekanntmachung

Nr. L. 1|2. 18. K. R. A.,

betreffend Höchstpreise für Eichen- und Fichtengerbrinde.

Vom 28. Februar 1918.

Nachstehende Bekanntmachung wird auf Ersuchen des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit dem Gesetz vom 11. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 813) — in Bayern auf Grund der Allerhöchsten Verordnung vom 31. Juli 1914 —, des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 339) in der Fassung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516), der Bekanntmachungen über die Aenderungen dieses Gesetzes vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 25), vom 23. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 183) und vom 22. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 253) mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß Zuwiderhandlungen nach den in der Anmerkung *) abgedruckten Bestimmungen bestraft werden. Auch kann der Betrieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl S. 603) untersagt werden.

§ 1.

Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände.

Von dieser Bekanntmachung werden betroffen:
geschälte und ungeschälte Eichen- und Fichtengerbrinde, auch soweit sie im fiskalischen Besitz oder Eigentum stehen oder aus dem Ausland eingeführt sind.

§ 2.

Höchstpreise.

1. Der Verkaufspreis für 100 Kilogramm darf höchstens betragen bei:
   a) geschälter Eichengerbrinde:
      im Alter bis zu 22 Jahren . . . . . 28 M,
      im Alter von mehr als 22 Jahren bis zu 30 Jahren . . . . . 23 M,
      im Alter von mehr als 30 Jahren bis zu 40 Jahren . . . . . 18 M,
   b) geschälter Fichtengerbrinde . . . . . 16 M.

*) Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:
1. wer die festgesetzten Höchstpreise überschreitet;
2. wer einen anderen zum Abschluß eines Vertrages auffordert, durch den die Höchstpreise überschritten werden, oder sich zu einem solchen Vertrag erbietet;
3. wer einen Gegenstand, der von einer Aufforderung (§§ 2, 3 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise) betroffen ist, beiseiteschafft, beschädigt oder zerstört;
4. wer der Aufforderung der zuständigen Behörde zum Verkauf von Gegenständen, für die Höchstpreise festgesetzt sind, nicht nachkommt;
5. wer Vorräte an Gegenständen, für die Höchstpreise festgesetzt sind, den zuständigen Beamten gegenüber verheimlicht;
6. wer den nach § 5 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen Nr. 1 oder 2 ist die Geldstrafe mindestens auf das Doppelte des Betrages zu bemessen, um den der Höchstpreis überschritten worden ist oder in den Fällen der Nr. 2 überschritten werden sollte; übersteigt der Mindestbetrag zehntausend Mark, so ist auf ihn zu erkennen. In Fällen mildernder Umstände kann die Geldstrafe bis auf die Hälfte des Mindestbetrages ermäßigt werden.

In den Fällen der Nummer 1 und 2 kann neben der Strafe angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist; auch kann neben Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Diese Preise sind frei in den Eisenbahnwagen oder in das Schiff der Verladestation oder, falls die Anlieferung nur durch Fuhrwerk erfolgt, frei in das Lager des Käufers oder frei in die Gerberei oder Lohmühle und für Barzahlung berechnet; sie schließen bei Eichenrinde die Kosten des Bündelns und der Bindemittel ein.

2. Erfolgt die Lieferung frei Abfuhrplatz am Gewinnungsort, so verringern sich die Preise der Ziffer 1:
   um 3 M für 100 Kilogramm bei einer Abfuhrstrecke von weniger als 5 Kilometer,
   um 5 M für 100 Kilogramm bei einer Abfuhrstrecke von 5 bis 10 Kilometer,
   um 6 M für 100 Kilogramm bei einer Abfuhrstrecke von mehr als 10 Kilometer.

Abfuhrstrecke ist die kürzeste benutzbare Fahrstrecke vom Abfuhrplatz am Gewinnungsort bis zur nächsten in Betracht kommenden Verladestation oder, falls das Lager, die Gerberei oder die Lohmühle, für welche die Rinde bestimmt ist, näher gelegen ist, bis zu diesem Platz.

3. Für Rinde auf dem Stamm darf der Verkaufspreis höchstens ein Drittel der Preise betragen, die sich nach Ziffer 2 ergeben.

4. Für geschnittene, gehackte oder gebrochene Rinde dürfen die Preise der Ziffer 1 um nicht mehr als 1.50 M, für gemahlene Rinde (Lohe) um nicht mehr als 3 M für 100 Kilogramm erhöht werden.

5. Mischen der Rinde oder Lohe ist nur mit Zustimmung des Käufers gestattet. Die Preise bestimmen sich nach dem Verhältnis der zur Mischung gelangten Sorten.

Die Höchstpreise schließen den Umsatzstempel

§ 3.

Beschaffenheit

Die Höchstpreise verstehen sich für trockene, gesunde, nicht durch Feuchtigkeit oder ähnliche Einflüsse beschädigte Rinde, bei der nicht mehrere Stücke ineinandergerollt sind.

Für Rinde, die diesen Anforderungen nicht entspricht, und für Eichenrinde, die älter als 40 Jahre ist, muß der Preis entsprechend niedriger sein.

§ 4.

Mengenfeststellung.

Die Höchstpreise verstehen sich für das Reingewicht der Rinde (Lohe). Das Gewicht der Verpackungsmittel mit Ausnahme von Stricken, sowie des Verladegerätes (Decken, Stangen usw.) ist abzuziehen.

Bei Verkauf nach Raummetern darf das Gewicht des Raummeters höchstens mit 125 Kilogramm in Ansatz gebracht werden.

§ 5.

Besondere Lieferungsbedingungen.

Höchstpreise verstehen sich für Rinde [illegible] Bedingungen verkauft wird:
Bei Verkäufen gemäß § 2 Ziffer 1:
Leistungsort für die Lieferung der [illegible] Ort der Ablieferung (Eisenbahnwagen, Schiff, Lager des Käufers, Gerberei oder Lohmühle);
bei Verkäufen gemäß § 2 Ziffer 2:
Leistungsort für die Lieferung der Rinde ist der Abfuhrplatz am Gewinnungsort. Der Verkäufer hat bis zur Abfuhr für sachgemäße Aufbewahrung der Rinde zu sorgen und die Gefahr für Verschlechterung durch unsachgemäße Aufbewahrung zu tragen. Er wird von dieser Haftung frei, wenn der Käufer die Abfuhr schuldhafterweise nicht binnen angemessener Frist oder ohne Verschulden nicht binnen 6 Wochen nach Empfang der Mitteilung von der sachgemäßen Fertigstellung der Rinde bewirkt.

Der Verkaufspreis für Rinde, bei deren Verkauf die vorstehenden Bedingungen nicht eingehalten werden, darf höchstens die Hälfte der Preise des § 2 Ziffer 1 und 2 betragen.

§ 6.

Nebenkosten.

Neben den Höchstpreisen dürfen, sofern sie in der Rechnung ziffernmäßig angegeben sind, angerechnet werden:
a) die Wiegekosten,
b) bei Stundung des Kaufpreises bis zu 2 v. H. Jahreszinsen über Reichsbankdiskont,
c) bei Verkäufen gemäß § 2 Ziffer 2 die nachweisbaren und notwendigen Kosten der Lagerung nach dem Wegfall der Haftung des Verkäufers gemäß § 5 Ziffer 2 bis zur Abfuhr.

§ 7.

Lagerbuchführung.

Jeder Käufer von Eichen- und Fichtengerbrinde ist zur Führung eines Lagerbuchs verpflichtet, aus welchem der Tag des Einkaufs, Name und Wohnsitz des Verkäufers, Art, bei Eichenrinde Altersklasse, Menge und Einkaufspreis, bei Weiterverkauf der Tag des Verkaufs, Name und Wohnsitz des Käufers, Art, bei Eichenrinde Altersklasse, Menge und Verkaufspreis ersichtlich sein muß.

Wer Eichen- oder Fichtengerbrinde für fremde Rechnung einlagert oder verarbeitet, ist ebenfalls zur Führung eines Lagerbuchs verpflichtet. Aus dem Lagerbuch muß Name und Wohnsitz des Eigentümers der Ware sowie deren Menge und Art und der Tag ihres Eingangs ersichtlich sein.

§ 8.

Zurückhalten von Vorräten.

Beim Zurückhalten von Vorräten ist sofortige Enteignung zu gewärtigen.

§ 9.

Ausnahmen.

Die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums kann die Kriegsleder-Aktiengesellschaft ermächtigen, Eichen- und Fichtengerbrinden zu höheren Preisen als den Höchstpreisen zu verkaufen.

§ 10.

Anfragen und Anträge.

Alle Anfragen und Anträge, die diese Bekanntmachung betreffen, sind an die Kriegs-Rohstoff-Abteilung (Sektion L) des Königlich Preußischen Kriegsministeriums in Berlin SW. 48, Verl. Hedemannstr. 10, zu richten.

§ 11.

Inkrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 28. Februar 1918 in Kraft. Gleichzeitig wird die Bekanntmachung Nr. L. 1/3. 17. K. R. A., betreffend Höchstpreise für Eichenrinde, Fichtenrinde und zur Gerbstoffgewinnung geeignetes Kastanienholz vom 20. März 1917 außer Kraft gesetzt.

Münster den 18. Februar 1918.

Das Königliche stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps.
Der kommandierende General:
Frhr. von Gayl,
General der Infanterie.

I c R Nr. 6400.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise innigster Teilnahme, sowie für die zahlreichen Kranzspenden anläßlich des Todes meiner Frau, unserer herzensguten Mutter, sage ich im Namen aller Hinterbliebenen

herzlichen Dank.

Lippspringe, den 28. Februar 1918.

Heinrich Peters,
Hotelbesitzer.

Trauerbriefe, Totenzettel liefert schnell und billig **Paderborner Anzeiger**

II. Holz-Auktion

Samstag, d. 2. März, morgens 10 Uhr
werde ich das von dem Abbruch des Ullnerschen Hauses Westernstraße

abfallende Holz,

ferner, eine große Partie

Eichennutzholz für Schreiner

um 9,30 Uhr

1 Einspänner-Ackerwagen und Futterkiste

öffentlich meistbietend verkaufen.

E. H. Adams, Auktionator.
Paderborn, Königstraße 13.

Verordnung

zur Abänderung der Verordnung über den Verkehr mit Stroh und Häcksel vom 17. 9. 17.

§ 1.

Auf Grund des § 15 der Verordnung des Herrn stellvertretenden Reichskanzlers über den Verkehr mit Stroh und Häcksel aus der Ernte 1917 vom 2. 8. 1917 (R.G.Bl. 1917, S. 685), des Erlasses des Herrn Ministers des Innern vom 10. 8. 1917 und des Erlasses des Herrn Oberpräsidenten zu Münster vom 24. Januar 1918 wird hiermit für den Bezirk des Kommunalverbandes Paderborn angeordnet, daß kein Stroh und Häcksel ohne meine schriftliche Genehmigung aus dem Kreise Paderborn ausgeführt werden darf, wobei unter Stroh und Häcksel außer sämtlichen Stroh und Häcksel von Getreidearten auch Bohnen-, Erbsen-, Wicken- und Kleesamenstroh und etwa daraus hergestelltes Häcksel zu verstehen ist.

§ 2.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Paderborn, den 27. Februar 1917.

Der Landrat.

Elektriker durchaus erfahren in Kundschaftsarb. sof. ges. Lohn 1.20 Mk. p. St. **W. Bloser,** Installationsgesch. Cöln, Gereonshof 49.

Ich kaufe in Waggonladungen gegen Kasse

Bohnenstangen

und erbitte Preisangebot unter Angabe der Länge und Holzart.

C. H. Oldemeier,
Holzhandlung u. Dampfsägewerk,
Spenge i. Westf.

Vom 1. März ds. Js. ab werden die Personenzüge 661 W Büren ab 5.05 Uhr Paderborn H an 6.14 Uhr und 668 W Paderborn H ab 12.05 Uhr Büren an 1.05 Uhr sowie 687 W Büren ab 1.15 Uhr Geseke an 1.53 Uhr und 688 W Geseke ab 2.53 Uhr Büren an 3.36 Uhr wieder gefahren. Personenzug 663 W Brilon St — Paderborn H verkehrt wieder eine Stunde später.

Cassel, 27. Februar 1918.

Königl. Eisenbahndirektion.

Erste Arbeiterin
der Schneiderbranche
in Anprobe und Zuschneiden bewandert, sucht passenden Wirkungskreis.
Gefällige Angebote unter Nr. 164 an die Geschäftsstelle des Paderborner Anzeigers.

Rational Kontrollkassen
mit Totaladdition zu kaufen gesucht. Off. u. J. W. 3541 a. d. Geschäftsst. des Paderborner Anzeigers.

Haus
bis 12 Zimmern in guter Lage auf längere Jahre zu mieten od. zu kaufen gesucht.
Angebote unter L 40 an die Geschäftsstelle Wilh. Ehl, Lippspringe.

Haar-Zöpfe
fertigt gut u. preiswert an
Fritz Gülle,
Friseur,
Paderborn, Riemekestr. 14.

Gebrüder Püttmann
Spezial-Geschäft für feinen Damen-Putz
Täglich Eingang aparter Neuheiten.

Haus- u. Grundbesitzer-Verein.

Sonntag, den 3. März, nachmittags 5 Uhr
findet im Saale des Westfälischen Hofes (Wunderlich) eine

Haupt-Versammlung

statt, zu der unsere Mitglieder, sowie unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Tagesordnung sämtliche Hausbesitzer eingeladen werden.

Paderborn, den 28. Februar 1918.

Der Vorstand des Haus- und Grundbesitzervereins.

Tagesordnung:
1. Zweck und Aufgabe der Mieteinigungsämter. (Herr Justizrat de Weldige, der Vorsitzende des hiesigen Mieteinigungsamtes, hat sich freundlichst bereit erklärt, hierzu zu sprechen.)
2. Vortrag: Der Einfluß des Krieges auf das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter.
3. Bericht über die Tätigkeit des Vereines seit der letzten Haupt-Versammlung.
4. Aussprache über die Lage des Hausbesitzers und Vereinsangelegenheiten.

Mieterverein Paderborn.

Hauptversammlung

Montag, den 4. März 1918, abends 8 Uhr
im Saale des Herrn Güntermann, am Markt.

Geschäftsordnung:
1. **Vortrag des Vorsitzenden des hiesigen Mieteinigungsamtes, Herrn Justizrat de Weldige,** über Fragen aus der Gesetzgebung zum Schutze der Mieter (Einigungsamt und Verfahren vor denselben, Wohnungsnot usw.).
2. Neuwahlen.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Verschiedenes.

Wegen der Dringlichkeit wird um pünktliches Erscheinen ersucht. Nichtmitglieder sind willkommen.

Der Vorsitzende:
Oberling, Rechnungsrat.